

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Jahresabschluss 2004 der Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH

Bezug:

Anlagen: 3 Bezeichnung: 1. Jahresabschluss 2004
2. Bericht Jahresabschlussprüfung 2004
3. Tabelle Forderung der TRT GmbH an die nachschusspflichtigen
Gesellschafter

Beschlussantrag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH wie folgt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss 2004 der Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH wird in der vorgelegten Fassung festgestellt.
2. Der Jahresfehlbetrag 2004 in Höhe von 1.686.293,11 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen und in 2005 durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage in Höhe von 1.200.000,00 Euro teilweise ausgeglichen. Der danach noch nicht ausgeglichene Fehlbetragsanteil in Höhe von 486.293,11 Euro wird auf neue Rechnung 2005 vorgetragen.
3. Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung erteilt.
4. Die Firma HSP Treuhand GmbH wird zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2005 bestimmt.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr:	Folgej.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:			
Aufwand / Ertrag jährlich	€	ab:	

Ziel: Feststellung des Jahresabschlusses 2004, Beschluss über die Abdeckung des Fehlbetrags und Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Im Gesellschaftsvertrag der Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH wurde gem. § 103a Abs. 4 Gemeindeordnung (GemO) festgelegt, dass die Gesellschafterversammlung den jeweiligen Jahresabschluss feststellt. Die Oberbürgermeisterin vertritt die Universitätsstadt Tübingen in der Gesellschafterversammlung der Technologieförderung. Der Gemeinderat beauftragt die Oberbürgermeisterin nach seiner Weisung abzustimmen

2. Sachstand

Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss 2004 der Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH vorgelegt. Er ist nach den Bilanzierungsvorschriften des Handelsgesetzbuches erstellt.

Der Jahresabschluss beinhalten die Bilanz zum 31.12.2004 sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2004.

Der Prüfungsbericht enthält einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Das Geschäftsjahr 2004 wurde mit einem Verlust in Höhe von 1.686.293,11 Euro abgeschlossen.

Die Gesellschafter Stadt Tübingen und Stadt Reutlingen sind nach §7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages verpflichtet, den entstandenen Jahresfehlbetrag durch Nachschüsse auszugleichen. Im Jahr 2004 wurden von den Städten Reutlingen und Tübingen jeweils 600.000 Euro als Nachschussabschläge geleistet. Der Gesamtbetrag in Höhe von 1.200.000 Euro wurde vorläufig in die Kapitalrücklage eingestellt. Nachdem die Kapitalrücklage zum teilweisen Ausgleich des Jahresfehlbetrags 2003 vollständig aufgelöst wurde, enthält die Kapitalrücklage zum 31.12.2004 nur die im Jahr 2004 geleisteten Nachschussabschläge in Höhe von 1.200.000 Euro. Da der Verlust 2004 1.686.293,11 Euro beträgt, reicht die Kapitalrücklage nicht aus, um den gesamten Jahresfehlbetrag 2004 abzudecken. Ein Fehlbetragsanteil in Höhe von 486.293,11 Euro wird auf neue Rechnung 2005 vorgetragen und als Nachschussforderung gegenüber den Gesellschaftern Städte Tübingen und Reutlingen in die Bilanz eingestellt. Nach dem Ergebnis des Jahresabschluss 2004 beträgt diese Forderung 587.903,31 Euro. Die Technologieförderung beabsichtigt diese Forderung mit den planmäßigen Nachschussabschlägen der Städte Tübingen und Reutlingen in den Folgejahren auszugleichen.

Der Jahresabschluss 2005 liegt im Entwurf bereits vor. Der Jahresfehlbetrag 2005 wird bei rund 1.577.000 Euro liegen. Für 2005 haben die Städte Reutlingen und Tübingen 2.000.000 Euro (je zur Hälfte) Nachschussabschläge geleistet. Die in die Bilanz eingestellte Nachschussforderung an die Gesellschafter kann somit voraussichtlich zum 31.12.2005 um rund 423.000 Euro vermindern werden.

3. Lösungsvarianten

Die Gesellschafterin Universitätsstadt Tübingen gleicht den auf sie entfallenden ungedeckten Fehlbetragsanteil (aus 2003 und 2004) in Höhe von 293.951,65 Euro zu Lasten des städtischen Haushalts 2006 aus. Da vermutlich bereits mit dem Ergebnis 2005 der nicht ausgeglichene Fehlbetrag zum größten Teil ausgeglichen werden wird, besteht keine Notwendigkeit für einen sofortigen Verlustausgleich.

4. Vorschlag der Verwaltung

Der Gemeinderat beauftragt die Oberbürgermeisterin wie im Beschlussantrag formuliert abzustimmen.

5. Finanzielle Auswirkungen

§ 7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags verpflichtet die Gesellschafter Stadt Reutlingen und Stadt Tübingen die entstandenen Jahresfehlbeträge in voller Höhe durch entsprechende Nachschüsse auszugleichen. Die für das Jahr 2004 geleisteten Nachschussabschläge in Höhe von jeweils 600.000 Euro pro nachschusspflichtigem Gesellschafter haben wieder nicht ausgereicht den Fehlbetrag komplett auszugleichen. Da die Gesellschaft beabsichtigt den Restfehlbetrag mit Verrechnungen der Nachschussabschläge in den Folgejahren auszugleichen, gibt es zunächst keine finanziellen Auswirkungen. In den Haushalten 2005 und 2006 sind 1.000.000, und 750.000 Euro für Nachschussabschläge eingestellt.

6. Anlagen

Die Fraktionen erhalten je ein Exemplar des Jahresabschlusses 2004 und des dazugehörigen Prüfungsberichts. Außerdem können die Unterlagen bei der Stadtkämmerei, Wienergäble 1 bei Bedarf eingesehen oder angefordert werden.